

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Sofortige Rücknahme der massiven Preiserhöhung in Kinderbetreuungseinrichtungen

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Das neue Schuljahr, Kindergartenjahr hat begonnen, leider mit einer massiven Tarifierhöhung für die Kinderbetreuungseinrichtungen, ein großer Wermutstropfen für die Familien. Daher meine Anfrage betreffend eine sofortige Rücknahme dieser massiven Preiserhöhungen in Kinderbetreuungseinrichtungen. Am 16. 3. dieses Jahres wurde vom Grazer Gemeinderat gegen die Stimmen der Volkspartei eine massive Preiserhöhung für Kinderkrippen, Kindergärten und Horte, wirksam ab September 2004, beschlossen. Betroffen sind alle städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen und jene privaten und kirchlichen Einrichtungen, die ins städtischen Tarifsysteem eingebunden sind.

Eltern haben mit einem Sturm der Empörung reagiert: Es geht nicht um sehr wohlhabende, um reiche, sondern um Mittelstandsfamilien, die von der Sozialstaffel bei den Beiträgen nicht profitieren, für sie wurde der Vollpreis nun um bis zu 33 Euro pro Kind und Monat erhöht und beträgt für einen Ganztagskindergarten beispielsweise jetzt 248 Euro statt 215 Euro (plus Bastelbeitrag, Sachspenden etc.) Für ein Lehrerehepaar mit zwei Kindern bedeutet das zum Beispiel Mehrkosten von 66 Euro - eine Preiserhöhung von über 15%! Zusätzliche Verbesserungen für Alleinerzieherfamilien, die in dem von mir jetzt angesprochenen Antrag enthalten waren, werden von uns begrüßt, doch die Mindereinnahmen dürfen nicht zu Lasten anderer Familien finanziert werden.

Schon bisher zahlten Familien für Kinderbetreuungseinrichtungen in Graz wesentlich mehr als in Umlandgemeinden - für nicht wenige Familien mit ein Grund, aus unserer Stadt wegzuziehen. Die nun bevorstehende Tarifierhöhung sollte unverzüglich zurückgenommen werden.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich dafür einzusetzen, dass die Neufestsetzung der Beiträge in den Kinderbetreuungseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2004/05 insofern abgeändert wird, als die im Punkt 1 des entsprechenden Gemeinderatsstückes vom 16.03.04 vorgesehenen Tarifierhöhungen zu eliminieren sind.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Zebrastreifen vor Werkseinfahrt, Siemens Transportation Systems (vorm. Siemens-SGP)

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt folgende Anfrage:

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Eggenbergerstraße, gegenüber dem Siemens-SGP Werk befindet sich der werkseigene Mitarbeiter- und Kundenparkplatz für 220 Fahrzeuge. Bis vor etwa vier Monaten war an dieser Stelle ein Zebrastreifen, der ohne Absprache mit der Werksleitung wieder entfernt worden ist.

Die Errichtung einer Fußgängerampel wurde wegen angeblich zu geringer Frequenz bereits abgelehnt.

Für die Mitarbeiter und Kunden der Fa. Siemens stellt der Versuch, die Eggenbergerstraße insbesondere bei Arbeitsbeginn und Dienstende - also gerade während der Verkehrsspitzen - zu überqueren, immer ein gefährliches Geduldspiel dar.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, diesen Missstand raschest möglich abzustellen und für eine einigermaßen sichere Überquerungsmöglichkeit an der genannten Stelle zu sorgen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Werbung in Radiospots für Gratis-Parken in der Stadt

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Grazer Handelsmarketing und die GPG bewerben seit einiger Zeit mit der, beziehungsweise über die Antenne Steiermark die Grazer Parkgaragen – und zwar solcherart, dass die erste Parkstunde in jeweils einem anderen Stadtgebiet gratis ist. Dienstag war es die Parkgarage bei Kastner & Öhler, Mittwoch war es die City-Parkgarage beim Weitzer und heute ist es die Parkgarage im Pfauengarten.

Nun ist es, denke ich, ja kein Geheimnis, dass die beiden AktionspartnerInnen der Antenne zwei Gesellschaften sind, die überwiegend beziehungsweise praktisch ausschließlich von der ohnehin nicht gerade prall gefüllten Stadtkasse getragen werden – schön für die beiden Gesellschaften, dass sie auf diese Art und Weise und mit dem Steuergeld der Grazerinnen und Grazer auch gleich für sich selbst mächtig werben können. Irgendwie ist aber da ein merkwürdige Beigeschmack, dass so zwei freundliche Gesellschaften - mit dem Geld der Stadt – netterweise Autofahrerinnen

und Autofahrern helfen, Kosten zu sparen, die von der bösen Stadt mitzuverantworten wären.

Aber das ist nur einer der Aspekte, die mich stören: Darüber hinaus ist das außerdem wieder eine Aktion, die den eigentlichen Intentionen einer sozial verträglichen Verkehrspolitik zuwiderläuft: Denn damit werden Autofahrer und Autofahrerinnen nicht dazu animiert, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, sondern mit dem Kfz in der Stadt herumzukurven und die Gratis-Parkplätze zu suchen. Und das alles sogar noch eine Woche vor dem, wie wir heute schon einen Antrag gehabt haben, "autofreien Tag" am 22. September, wobei ich gespannt bin, ob die verantwortlichen Herrschaften wenigstens das Fingerspitzengefühl haben, am autofreien Tag selbst diese Aktion auszusetzen.

Übrigens: Dass eine dieser Gesellschaften, nämlich das Handelsmarketing, das an sich erst im Oktober die Tätigkeit aufnehmen sollte, und für das es bislang weder eine Konstituierung des Aufsichtsrates noch die Genehmigung eines Businessplanes gegeben hat, hier bereits tätig ist, das ist nur ein weiterer Tüpfelchen auf dem i (*Applaus SPÖ*).

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz die

A n f r a g e :

- ob für die Bewerbung dieser Aktion direkt oder indirekt städtische Mittel verwendet werden,
 - ob jener Einnahmefall in den Tiefgaragen, der durch diese Gratis-Park-Aktion hervorgerufen wird, direkt oder indirekt (über die beiden Gesellschaften) über städtische Mittel abgedeckt wird
 - und ob diese Aktion mit dem städtischen Verkehrsreferat abgesprochen ist?
- (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Nachdem ich nicht alle Kenntnisse jetzt über diese Punkte habe, darf ich es auch geschäftsordnungsgemäß erledigen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Fußballtore im Oeverseepark

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister! Da meine Anfrage vom Oktober 2003 an den Sportstadtrat Herrn Eisel-Eiselsberg bezüglich zweier Fußballtore und schützender Fangzäune im Oeverseepark zwar als unterstützenswert bezeichnet wurde, aber ohne konkrete Ergebnisse geblieben ist, wende ich mich heute im Namen der KPÖ mit folgender

A n f r a g e

an Sie:

Sind Sie bereit, die nötigen Schritte zu setzen, um die als Fußballwiese bezeichnete Fläche im Oeverseepark mit zwei Kleintoren und notwendigen Fangzäunen auszustatten, das heißt, die Mittel dafür bereitzustellen und – falls nötig – mit den Bestandsgebern den Bestandsvertrag in diesem Sinne zu modifizieren? Ende der Durchsage (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Heimgartenanlage Eggenberger Straße/Laudongasse

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Heimgartenanlage Eggenberger Straße/Laudongasse, ist nichts Neues für Sie, trotzdem sehe ich mich veranlasst, eine Anfrage an Sie zu richten. Die rund 40.000 m² große Heimgartenanlage der SGP in der Eggenberger Straße hat eine lange Tradition und ist für viele Grazerinnen und Grazer ein unersetzliches Kleinod. Völlig überraschend wurden die zahlreichen HeimgärtnerInnen nun von der SGP mit 31.10.2004 gekündigt. Vermutungen zufolge soll auf dem Areal ein Parkplatz errichtet werden.

Im Juni dieses Jahres haben die GRIn Mag. Ulli Taberhofer und Kollege Simbünger bereits entsprechende Anfragen an Sie gerichtet, ob Sie denn bereit seien, mit der SGP in Verbindung zu treten beziehungsweise sich für den Erhalt der Gärten einzusetzen.

Geschäftsordnungsgemäß haben Sie noch Zeit, diese Anfragen zu beantworten, doch diese Zeit haben die HeimgärtnerInnen nicht, denn die Räumung soll mit 31.10.2004 erfolgen.

Aus diesem Grund, stelle ich daher heute an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

A n f r a g e :

Haben Sie über die Sommermonate Gespräche mit der SGP geführt beziehungsweise was haben Sie bisher für den Erhalt der Heimgartenanlage Eggenbergerstraße/Laudongasse erreichen können und was haben Sie noch vor zu bewirken?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Damit ich Ihnen jetzt eine Antwort geben kann, erlauben Sie mir einen Zehn-Sekunden-Tratsch mit dem Herrn Vizebürgermeister. Frau Gemeinderätin, ich will Ihnen nur eine Antwort geben, von der man was hat, ich hätte jetzt sagen können, kann man geschäftsordnungsgemäß etc. und jetzt will ich da nur ein paar Dinge beantworten. Ich habe direkt schon geantwortet bei den Anfragen, die ich schon hatte auch am 17.6 und habe damals schon gesagt, es gibt keine Antwort mehr von mir, weil sich das ein bisschen in den Raum gestellt haben, dass wir eben im Juni dieses Jahres der Frau Mag. Taberhofer und Herrn Gemeinderat Simbürger noch eine Antwort schuldig sind. Ich bin ihnen keine mehr schuldig, weil ich es hier gleich direkt beantwortet habe und ich sage es Ihnen jetzt auch. Schon mein Vorgänger hat lange Zeit, bevor es zur Räumung gekommen ist mit Simmering Graz Pauker vereinbart, dass es einmal passieren wird. Die Stadt Graz hat auch die Umwidmungen vorgenommen und Simmering Graz Pauker erwartet ganz klar die Räumung in dieser Frage. Und jetzt darf ich sagen, deswegen haben wir kurz getratscht, Herr Vizebürgermeister Walter Ferk hat sich auch bei SGP sehr stark dafür eingesetzt und verwendet, dass es hier zumindest zu einem Aufschub der Räumung kommt, allerdings ist das das alte Spielchen das wir hatten, Eigentümer stimmen dem immer nur zu, wenn man einen ganz klaren Räumungsbeschluss dann auch ermöglichen kann, wenn es wirklich so weit ist. Das heißt, im Moment reden wir nicht von der Rettung dieses Heimgartens, es wird einmal verbaut werden, davon kann man ausgehen, aber abgebaut soll es erst werden, wenn es wirklich zum Bau kommt und nicht später. Dafür hat sich Kollege Ferk ganz massiv eingesetzt und das wird auch hoffentlich Früchte tragen. Auf der anderen Seite habe ich damals schon angeboten, dass auch die in der Nähe befindlichen Heimgartenanlagen, eine im Speziellen, auch leere Plätze zur Verfügung gestellt hat und auch schon eingeladen hat den einen oder anderen, in diese Heimgartenanlage zu kommen. Aber von einer kompletten Rettung dieses Areals gehe ich im Moment nicht mehr aus, Kollege Ferk wird uns auch hier berichten, wie die Erfolge sind und Ihnen auch.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Nach der Geschäftsordnung, das heißt, es gibt Bemühungen, ich habe persönliche Gespräche mit dem Vorstandsdirektor Gerstenmeier geführt, die

insofern für das Unternehmen deswegen wichtig sind, weil wir ja wissen, dass 1995 eine Vereinbarung geschaffen worden ist, dass eine Räumen nur ausschließlich im Oktober nach Fruchtgenuss erfolgen kann. Und nun sind die Siemens SGP bemüht natürlich, das Areal zu verwerten und sind in verschiedenen Gesprächen mit Kaufwerbern, das muss man wohl sagen, und es ist auch für den Eigentümer durchaus legitim. Die Frage stellt sich nur ähnlich wie es in anders gelagerten Fällen schon gewesen ist, ob wirklich schon nächstes Jahr verbaut wird beziehungsweise entsprechend die Umsetzung von Projekten erfolgt und da wäre es angebracht, und die Bezirksvorsteher von Eggenberg und von Lend haben sich bereit erklärt, mit den Bezirksbewohnern gemeinsam dann diesen Vorschlag zu diskutieren, der lautet: Wenn es zu einer Nichträumung kommt beziehungsweise zu einer Verlängerung in diesem Jahr, dann aber nur unter dem Aspekt einer sofortigen Räumen, die wahrscheinlich vier Wochen lauten wird, und nicht nur Rücksichtnahme auf Ende des Jahres, das ist ein kleiner Erfolg, aber es soll auch zeigen, dass es Bemühungen gegeben hat, auch auf die Wünsche, das möchte ich wohl auch sagen, weil die Kontakte habe ich ja gepflogen, auch auf die Wünsche der Heimgärtner einzugehen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich hoffe, die Antwort ist nicht befriedigend, weil wir uns alle wünschen würden, dass solche Heimgartenanlagen in der Stadt Graz komplett gerettet werden können. Allerdings haben wir mit dem Umwidmungsbeschluss de facto damals schon ein Urteil gefällt. Es ist uns in dem einen oder anderen Bereich gelungen, auch als Dauerland dann wieder etwas auszuweisen, nur dort schaut es, wie gesagt, nur mehr so aus, als könnte man was aufschieben, aber nicht mehr bewirken.

6) Arbeitskreis „Integration“

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Die zweite Anfrage an Sie betrifft das Integrationsreferat. Der von Ihnen eingesetzte Arbeitskreis „Integration“ zur Beschreibung des Integrationsreferats der Stadt Graz hat bereits im Mai dieses Jahres ein umfassendes Papier entwickelt, auf dessen Präsentation die Mitglieder des Gemeinderates trotz mehrfacher Ankündigung Ihrerseits seither vergeblich warten.

Meine

A n f r a g e

daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Wann werden Sie den Gemeinderat über die ausgearbeiteten Ergebnisse des Arbeitskreises informieren und wie sehen die weiteren Umsetzungsschritte zur Einrichtung des Integrationsreferates aus?

Bgm. Mag. **Nagl**: Der von mir eingesetzte Arbeitskreis hat, wie vorgesehen, im Sommer den Vorschlag für ein Konzept der Implementierung einer Integrationsstelle abgeliefert. Ich erachte den Vorschlag, den wir hier bekommen haben, im Übrigen dann auch noch daneben mit vielen Stellungnahmen aller NGOs, die hier nicht eingebunden waren unmittelbar, als sehr vielversprechend und bin davon überzeugt, dass er eine sehr gute Grundlage für ein Gemeinderatsstück darstellen wird. In einigen Punkten hat der Arbeitskreis jedoch keine eindeutige Stellung bezogen, da waren unterschiedliche Meinungen da. Da sind aber auch Lösungsmöglichkeiten sehr konstruktiv aufgezeigt worden. Da ging es in erster Linie auch darum, wie wir die ganzen Subventionsstellen in Zukunft verwalten, ob das eher zentral oder weiterhin dezentral bleibt und vieles mehr oder ob es ein Mischsystem gibt. Hier ist es mir ein Anliegen, jetzt, so wie ursprünglich auch versprochen mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, auch mit Ihnen in Diskussion einzutreten und das beste Ergebnis für unsere Stadt zu erzielen. Aufgrund der vielen Urlaube, die jetzt da waren und unterschiedlichen Urlaube auch von Stadtsenatsmitgliedern und Klubobleuten und auch meines derzeit sehr großen Zeitengagements in Wien für den

Finanzausgleich habe ich den Termin noch nicht koordiniert, aber ich verspreche Ihnen, dass Ende September/Anfang Oktober diese Sitzung stattfinden wird und dass wir dann auch alle Unterlagen inklusive der NGOs an Sie weitergeben und eine Arbeitsgruppe mit dem Herrn Magistratsdirektor gemeinsam einrichten.

7) Dringlichen Antrag vom 17.3.2004

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Ich bin erst diese Legislaturperiode Gemeinderätin, aber es fällt auch, dass es immer wieder dringliche Anträge gibt, die da herinnen erfreulicherweise beschlossen werden und dann hört man nichts mehr davon. Und einen davon nehme ich zum Anlass, heute eine Anfrage an Sie zu richten, Herr Bürgermeister, und zwar geht es um einen von uns eingebrachten dringlichen Antrag, der dann einstimmig beschlossen wurde am 17. März dieses Jahres. Da ging es um die Erhöhung des Frauenanteils in den stadt-eigenen Gesellschaften und städtischen Beteiligungen, wie dieser gezielt gefördert werden könnte sowie Maßnahmen zur Frauenförderung hinkünftig ein integrierter Bestandteil von Gesellschaftsverträgen sein sollen.

Und um diese Ziele des Antrags zu erreichen, war dann eine Diskussion und dann war der Vorschlag aus der Sozialdemokratie, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um zu schauen, wie man diese Strategie umsetzen kann. Ja und dann wurde beschlossen, dass mit Vertretern und Vertreterinnen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien unter der Leitung des Bürgermeisters beziehungsweise einem von ihm namhaft gemachten Vertreter oder Vertreterin bis September 2004, den wir jetzt haben, Vorschläge erarbeiten werden sollten, wie der Frauenanteil in welchem zeitlichen Rahmen erhöht werden kann.

September ist und ich bin jetzt gespannt, wie das Bürgermeisteramt diesem Auftrag des Gemeinderates gerecht geworden ist beziehungsweise zu welchen Ergebnissen die Arbeitsgruppe bisher gekommen ist.

Meine

A n f r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister,

aus welchen Personen haben Sie die Arbeitsgruppe zusammengesetzt und welche Ergebnisse liegen bis zum heutigen Tag bereits vor?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Es gibt sehr viele Beschlüsse, wo man in Arbeitsgruppen eintreten sollte, möchte auch klar dazu sagen, dass alle dringlichen Anträge und Beschlüsse des Gemeinderates selbstverständlich bearbeitet und behandelt werden. Ich habe auch in diesem Fall mit dem Bürgermeisteramt versucht, einmal eine Lösung zu finden, wie man dieses Thema angehen kann. Auf der einen Seite ist es, ich sage fast, eine subjektive Angelegenheit, wer entsendet wird der einzelnen politischen Fraktionen, wo es nicht so leicht ist, auf der anderen Seite braucht man gute Grundlagen, wie man überhaupt das Thema Frauenanteil, Frauenförderung in Beteiligungen, in Gesellschaften verbessern kann. Hier haben wir uns bemüht, auch Kontakt aufzunehmen mit der Finanzabteilung, bin auch dankbar, dass das Thema dort behandelt worden ist. Die Frau Mag. Mlakar, eine Frau, die eine hervorragende Arbeit in der Finanzdirektion leistet, hat uns mitgeteilt, dass mit der Neuregelung des Beteiligungscontrollings, das auch der Finanzstadtrat Dr. Riedler jetzt auch schon medial verkündigt hat, eine Ausarbeitung von Richtlinien für unsere gesamten Beteiligungen vorgesehen ist und auch der Punkt Frauenanteil dort mitberücksichtigt werden soll. Bis dahin ist auch keine Änderung noch in den Gesellschaftsverträgen oder in den Berufungen erfolgt. Ich bitte Sie, das momentan zur Kenntnis zu nehmen. Sobald das Beteiligungscontrolling kommt, wird das auch Thema sein. Genauso wenig haben wir drauf vergessen, ich darf das vielleicht auch namens des Herrn Finanzstadtrates sagen, uns damit auseinanderzusetzen, wie das Budget zu gendern ist, aber auch da sind wir in Wahrheit noch in den Kinderschuhen, wir haben vielleicht die Schnürsenkel offen, aber weiter sind wir auch noch nicht.

8) Vorbildwirkung der Stadt Graz betreffend Genehmigung und Verpachtung von Gaststätten – Betriebsstätten und deren Gastgärten

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Ich habe wieder eine Anfrage betreffend das Uni-Viertel und zwar Vorbildwirkung der Stadt Graz betreffend Genehmigung und Verpachtung von Gastgärten, Betriebsstätten und deren Gastgärten. In den kommenden Monaten wird die Lärmerregung durch Gastgärten witterungs- und jahreszeitenbedingt weniger groß sein, wir sollten aber dennoch nicht den Fehler machen und bisher Geleistetes, wie den vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen dringlichen Antrag auf Überprüfung der Sperrzeitenverordnung, schubladisieren. Der nächste Sommer und mit ihm die Gastgartensaison mit all ihren Problemen kommt nämlich bestimmt.

Von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und von ihrem Kollegen, Herrn Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi, wurde angekündigt, dass Sie auf Information und Bewusstseinsbildung bei den Wirten und Lokalbesuchern setzen und unter anderem einen Mediator, der zwischen den Wirten und den Anrainern vermitteln soll, einsetzen werden.

Dies ist sicherlich ein guter Versuch, hier für mehr Problembewusstsein zu sorgen; dennoch bin ich der Meinung, dass auch die Stadt Graz, dort, wo sie Eigentümerin beziehungsweise Verpächterin ist, gewisse Vorbildwirkung zeigen kann und muss.

Anzudenken ist zum Beispiel, dass Objekte, die gewerberechtlich betrieben werden sollen und im Eigentum der Stadt beziehungsweise der GBG stehen, künftig nur mehr mit den erforderlichen rechtskräftigen Bewilligungen als Gaststätten/Betriebsstätten verpachtet werden. Dies wäre einerseits eine Besserstellung für den künftigen Pächter und andererseits aber auch für die Bewohner, da Rahmenbedingungen für den Betrieb feststehen. Bei der Festlegung der Rahmenbedingungen ist den Anrainern ein Mitgestaltungsrecht einzuräumen. Dies ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die Stadt Graz ja nur das Vermögen der Bürger verwaltet und es auch in ihrem Sinne tun soll. Damit wäre auch ein erheblicher Lenkungseffekt verbunden und nachträgliche Konflikte vermeidbar.

Des weiteren könnte die Stadt Graz beziehungsweise die GBG als Eigentümerin, zum Beispiel der Liegenschaft Elisabethstrasse 30, das ist das Literaturcafe Orange, Vorbildwirkung zeigen und bei Abschluss der zivilrechtlichen Vereinbarung Öffnungszeiten beziehungsweise Betriebszeiten für den Betrieb der Gaststätte und deren Gastgarten vorgeben und damit dem Wohngebietscharakter und der vorhandenen Infrastruktur entsprechen.

Darüber hinaus müsste die Stadt Graz, wie im konkreten Fall des Literaturcafes Orange, in einer zivilrechtlichen Vereinbarung eine Zeitregelung für den Gastgartenbetrieb, beispielsweise analog der Gewerbeordnung, treffen. Die Öffnungszeiten des Gastgartens müssten in diesem Fall, wie auch in sensiblen Bereichen wie Krankenhäuser, Sanatorien, Kindergärten, Schulen, Wohngebieten etc. restriktiv nur von 09.00 bis 22.00 Uhr statt wie jetzt bis 23.30 Uhr geregelt werden.

Diese Gastgärten, die mitten im Wohngebiet sind, sind ständig Anstoß für Ärger. Dies wäre ein wichtiges Zeichen für die Anrainer, dass die Stadt Graz ihre Bürger auch wertschätzt, die ja immerhin auch erheblichen Teil in den Finanztopf einzahlen im Gegensatz zu den Wirten, ich erinnere an den Wegfall der Getränkesteuer.

Die Stadt Graz muss sich aber auch grundsätzlich überlegen, was sie in Zukunft mit ihren Liegenschaften machen will. Es kann und darf jedenfalls nicht sein, dass dies zum Nachteil der Grazer Bevölkerung geschieht. Im Stadtentwicklungskonzept wird für diesen Bereich klar festgehalten, dass betreffend die Verbesserung und Gestaltung des Wohnumfeldes Initiativen für eine Novellierung der Gewerbeordnung in Hinblick auf eine Konfliktverminderung von Vergnügungsstätten mit dem Wohnumfeld geschaffen werden sollen.

Es müssen rasch Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit Kultur, Wirtschaft und Wohnen vereinbar ist. Gründe genug, um hier als Stadt Graz mit Vorbildwirkung voranzugehen!

Daher stelle ich namens der freiheitlichen Fraktion folgende

A n f r a g e ,

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ob Sie bereit sind, im Sinne des Motivenberichts dort, wo die Stadt Graz beziehungsweise die GBG Eigentümerin beziehungsweise Verpächterin von gewerblich als Gaststätten/Betriebsstätten genutzten Objekten und deren Gastgärten ist – zum Beispiel in der Elisabethstrasse 30, das Literaturcafe Orange - den Betrieb dieser Lokale und deren Gastgärten künftig so zu gestalten, dass Kultur, Wirtschaft und Wohnen wieder vereinbar ist und die Stadt Graz hier mit Vorbildwirkung vorangeht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Hier vielleicht gleich eine klare Antwort. Wir sind ja da herinnen im Gemeinderat alle bemüht, dass es zu diesem Gleichklang von Kultur, Wohnen, Erlebnis etc. auch wirklich kommt in der Stadt. Ich möchte nur eines sagen, weil Sie schreiben Steuern zahlen die Wirte oder im Gegensatz dazu, zu den Wirten, die Bewohner, ich glaube, dass auch die Wirte Steuern abliefern, das sollte man wirklich, glaube ich, auch anerkennen. Aber ich gebe es Ihnen am Beispiel des Literaturcafes Orange, also prinzipiell ja, wir sollten bei den Objekten, wo wir selbst Lokale als Einmieter haben, Vorsorge treffen, dass im Hinterhof, wenn dort ein Gastgarten ist, nicht mehr Lärm gemacht wird, als auf der Straße davor und das auch synchron schalten, wie Sie es beschrieben haben mit den Bereichen, die wir für den öffentlichen Raum haben, das trifft nicht nur für das Cafe Orange zu, sondern das trifft auch zu zum Beispiel für die Murinsel, wo wir jetzt schon bei den Verträgen uns dafür eingesetzt haben, dass der Betrieb draußen auf der Insel dann nicht bis 4.00 Uhr früh gehen kann, weil ja gewerberechtlich wir kaum Möglichkeiten haben, den Lokalbetrieb wirklich schon mit 12.00 Uhr abzuschließen. Aber in einem Punkt möchte ich Ihnen sagen, auch wenn wir uns sehr bemühen, ich nehme das von Ihnen zitierte Beispiel heraus, des Literaturcafes Orange. Wenn daneben der Kulturhauskeller noch ist und dort um 2.00 oder 3.00 Uhr in der Früh dann unter Umständen auch alkoholisierte Personen herausgehen und der gesamte Bereich, wo sie rauskommen, dann de facto mit Orange-Besitzer oder Betreibern gleichgestellt wird und der gar nichts dafür kann, dann wird der Unmut der Bevölkerung darüber bleiben. Also auch da haben wir wieder die Schwierigkeit, dass

die Personen, die nach mitternächtlicher Stunde oft angeheitert dann herauskommen und Lärm machen, etwas zugeschrieben wird einem Pächter, der vielleicht gar nichts mehr dafür kann. Soweit ich weiß, gibt es da große Bemühungen im Literaturcafe, dass hier auch Ruhe einkehrt, aber Ihr Vorschlag ist prinzipiell gut, werden wir ihn weiter verfolgen und auch unterstützen.

Dr. **Sickl**: Und zwar, wie das aussieht mit dem Literaturcafe Orange und den Verträgen. Gibt es da irgendwelche Prüfungen, läuft da jetzt irgendwas oder lässt man das jetzt, ich kenne die Verträge nicht im Detail, deswegen würde es mich interessieren, wie es jetzt aussieht, ob da in Zukunft, wenn es dann wieder die rechtliche Möglichkeit gibt, dass man dann auf diese Aspekte, die ich vorher angekündigt habe, eben auch Rücksicht genommen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das, was Sie fordern, sind ja privatrechtliche Vereinbarungen, die können wir vorschreiben de facto. Ich werde Sie da genau informieren, wie es dort der Fall ist, wir bleiben auch drauf. Wie bleiben auch drauf, wie es bei der Murinsel ist, sollten uns auch die übrigen anschauen, darf da auch gleich Herrn Finanzstadtrat Riedler ersuchen und den Kollegen Kaltenegger, die GBG werden wir dann auch anschreiben, dass dort, wo wir Eigentümer sind, uns einmal näher anschauen, wie das wirklich mit der Lärmgeschichte aussieht.